

ÖVP und FPÖ stehen aber leider weiter beharrlich auf der Bremse

## **Ehmann will Bauwut und Flächenfraß stoppen: SPÖ fordert Bausperre und Leerstandserhebung**

**Der hemmungslosen Bauwut, dem enormen Flächenfraß und der stetig voranschreitenden Versiegelung sagt die SPÖ Graz jetzt endgültig den Kampf an: Per Dringlichkeitsanträgen wurden heute im Gemeinderat ein Maßnahmenpaket gegen den Leerstand inklusive Leerstandserhebung (Michael Ehmann) und eine temporäre Bausperre für größere Projekte mit Ausnahme des geförderten Wohnbaus und kleinerer privater Bauvorhaben (Ewald Muhr) eingefordert. Bedauerlich: ÖVP und FPÖ bleiben aber weiter auf der Bremse, stimmten weder Maßnahmen gegen den Leerstand noch einer Bausperre zu.**

Baukräne, wohin man nur schaut; Wiesen, auf denen die Bagger auffahren; Betonklötze mitten in Einfamilienhausvierteln; alte Villen, denen mit den Abbruchbirnen zu Leibe gerückt werden, weil sie mehrstöckigen, unansehnlichen Bauten weichen müssen – die Stimmung ist längst gekippt, ein Großteil der Grazer:innen empfindet diese hemmungslose Bauwut für unerträglich.

Mit ein Grund für den Flächenfraß und die schrankenlose Versiegelung: Graz ist zu einem der bevorzugten Zielgebiete für Immobilienspekulation geworden. Sprich: Grundstücke werden von Investitionsfonds reihum aufgekauft, um primär Anlegerwohnungen zu errichten. Wohnungen, die, wie der Name schon sagt, in erster Linie – aufgrund der niedrigen Zinsen am Kapitalmarkt – für die Geldanlage, aber nicht zum Vermieten, geschweige denn selbst Bewohnen gedacht sind. Was die absolute fatale Folge hat: Trotz des enormen Baubooms stehen in Graz viel zu wenige leistbare Wohnungen zur Verfügung, schnellen die Mieten in die Höhe – denn die gemeinnützigen Wohnbauträger finden für den geförderten Wohnbau kaum noch finanzierbare Grundstücke.

Wie aus diesem Teufelskreis ausbrechen? „Wir müssen einerseits den Leerstand ‚mobilisieren‘, sprich die leerstehenden Wohnungen auf den Wohnungsmarkt holen – und zum anderen verhindern, dass weiter Leerstand ‚produziert wird‘, ist für SP-Klubvorsitzenden **Michael Ehmann** eine Doppelstrategie unumgänglich.

Daher auch Dringlichkeitsantrag Nr. 1, den Ehmann heute einbrachte: die Forderung nach einem großen Maßnahmenpaket gegen den Leerstand. „Für Graz reichen die Schätzungen von 6.000 leerstehenden Wohnungen bis 15.000 oder 20.000. Zuletzt hatte ein Grazer Steuerberater und Hausverwalter sogar von weit über 30.000 leerstehenden Wohnungen gesprochen, was ich aber nicht glaube. Nur zeigt uns das eines ganz deutlich: Wir brauchen dringend eine Leerstandserhebung, um über die tatsächliche Größenordnung Bescheid zu wissen. Darauf basierend lässt sich dann ein konkretes Maßnahmenbündel zur Leerstandsmobilisierung entwickeln.“ Und Ehmann empfiehlt auch einen Blick über die steirischen Landesgrenzen hinaus: In Tirol tüftelt die Landesregierung an der gesetzlichen Grundlage für eine Leerstandserhebung und eine Leerstandsabgabe (!), im Bundesland Salzburg ist ebenfalls – und das nicht zuletzt auch aufgrund der Forderung des Salzburger VP-Bürgermeisters – eine Leerstandsabgabe in Vorbereitung, in Vorarlberg wiederum wurde jetzt das schon vor einigen Jahren zur Leerstandsmobilisierung entwickelte System „Sicher Vermieten“ weiter ausgebaut und verbessert.

Ehmann: „Leerstand ist ein Thema, vor dem auch die Rathausmehrheit in Graz nicht länger die Augen verschließen sollte. Was ich einfordere ist nichts weiter, als sich endlich mit diesem Thema ernsthaft auseinanderzusetzen, zu überlegen, was wir selbst tun können, wo es Hilfestellungen durch den Landesgesetzgeber braucht.“ Wobei er, Ehmann, zu allererst an Anreizmodelle denke – und an Mobilisierungsverträge. „Wenn private Bauträger oder Immobilienentwickler ihre Wohnblöcke errichten, sollen sie von vornherein verpflichtet werden, für jede dann leerstehende Wohnung Monat für Monat einen Beitrag an die Stadt abzuliefern. Und zwar dafür, dass aus öffentlichen Mitteln

teure Infrastruktur finanziert wird, die dann nicht genutzt wird – mit Geld, das wir anderswo dringend für Spielplätze, Kinderbetreuungseinrichtungen ÖV, Parks etc. brauchen hätten können!“ Es kam leider so, wie es fast zu erwarten war: ÖVP und FPÖ legen sich gegen eine solche Initiative zum Abbau des Leerstandes weiter quer, lehnten die Dringlichkeit ab.

### **Bausperre**

Ähnlich die Stoßrichtung von **Ewald Muhr**, der in seinem Dringlichkeitsantrag eine temporäre Bausperre einforderte, wobei Projekte des geförderten Wohnbaus, sprich die Gemeinnützigen Wohnbauträger, von dieser Bausperre aber ebenso ausgenommen sein sollten, wie die privaten Häuslbauer. Gelten solle diese Bausperre, so Muhrs Ziel, bis Abschluss des Sonder-Arbeitsausschusses „Bauen und Wohnen“, der seit einigen Monaten an den künftigen Weichenstellungen für Stadtgestaltung und Bauen arbeitet. Muhr: „Es ist einfach nicht nachvollziehbar, dass, noch während dieser Ausschuss sich intensiv Gedanken macht, wie es in Zukunft besser gemacht werden kann, weiter auf Teufel komm raus in altem Stil verbaut, verdichtet, versiegelt wird! Was mittlerweile viele steirische Gemeinden machen, nämlich zur Notbremse ‚Bausperre‘ zu greifen, um die unsägliche Bauwut wieder in geordnete Bahnen zu bringen, müsste ja wohl auch für die Stadt Graz möglich sein.“ Offenbar aber nicht: Die Bagger und Kräne dürfen weiter ungehindert auffahren – ÖVP und FPÖ lehnten die Dringlichkeit eines temporären Baustopps ab und verlagerten das Thema, erraten, in den Unterausschuss.

### **Traglufthalle für den Schwimmsport**

Eine unglaublich klingende, aber seit vielen Jahren in Wien erfolgreich praktizierte Idee griff SP-Sportsprecher **Gerald Haßler** in einer Initiative auf: Eine Tragluft-Schwimmbahn für den Schwimmsport, um vor allem auch im Winter die Trainingsmöglichkeiten auszubauen. „Immer wieder gibt es Klagen darüber, dass es für Wassersportler:innen in Graz, insbesondere auch in den Wintermonaten, zu geringe Trainingsmöglichkeiten gibt. Graz hat gerade einmal zwei winterfeste Schwimmbäder, wobei sich Wettkampf-Sportler:innen in der „Auster“ in Eggenberg die zur Verfügung stehenden acht Bahnen mit den ‚Publikumsschwimmer:innen‘ teilen müssen. Linz verfügt bei weitaus geringerer Einwohner:innenzahl über 5 „Hallenbäder!“, sieht Haßler in Graz wenig optimale Voraussetzungen für die Grazer Leistungssportler:innen. Abhilfe könnte eben besagte Traglufthalle – egal ob gebraucht gekauft oder neu – bieten. Zumal sich sowohl Anschaffungs- wie auch Erhaltungskosten in durchaus erträglichem Rahmen bewegen.“

### **Kinderbetreuung ausbauen**

Einem ewig leidigen Thema widmete sich SP-Gemeinderätin **Anna Robosch** in der Fragestunde: der Kinderbetreuung. Zwar werde speziell in Hinblick auf die Kindergartenplätze häufig von einem sehr hohen Deckungsgrad gesprochen, Robosch legte aber die Schwachstelle dieser Argumentation offen: „Eltern haben nichts davon, wenn sich in der anderen Ecke der Stadt vielleicht noch ein freier Betreuungsplatz findet: Wir brauchen die Kinderbildungsstätten dort, wo die Familien wohnen“, stellte sie klar. Demgemäß auch ihre Forderung: „Es muss dringend eine große Offensive zum Ausbau der Kinderbildungsplätze in Graz gestartet werden, um wirklich allen Kindern in Graz ein Recht auf einen Kindergartenplatz zu garantieren.“

### **Corona-Hilfen für Familien**

Einen Appell, die Stadt möge sich unbedingt dafür einsetzen, dass die Bundesregierung die Kriterien für den Corona-Familienhärtefonds verbessert, richtete SP-Gemeinderätin **Susanne Bauer** an Bürgermeister Nagl. Hintergrund: Derzeit können Familien Hilfen aus dem Fonds nur einmalig in Anspruch nehmen, Rechtsanspruch bestand nicht und die Frist für die Antragstellung endete am 30. Juni. Bauer: „Die Pandemie ist noch lange nicht vorbei – die Frist sollte an jene der Kurzarbeit angepasst werden, ich plädiere für den Rechtsanspruch, und dass nur Einmal-Hilfen möglich wären, ist angesichts der gravierenden existentiellen Folgen der Pandemie für viele Familien auch nicht haltbar!“

### **Weitere Initiativen der SPÖ-Mandatar:innen in der heutigen Gemeinderatssitzung:**

- Umgehende Ausweitung der Öffnungszeiten im Bad zur Sonne – dass lediglich von Montag bis Freitag von 7 Uhr bis 8 Uhr Publikumsschwimmen angesetzt ist, sei untragbar (Antrag Michael Ehmann)
- Hochwasserschutz in Andritz: Mehr Transparenz betreffend die bisher tatsächlich umgesetzten Maßnahmen (Antrag Michael Ehmann)
- Errichtung einer Toiletten-Anlage am Nahverkehrsknoten Don Bosco – für einen derart vielfrequenzierten ÖV-Knoten müsste eine WC-Anlage eine Selbstverständlichkeit sein (Antrag Michael Ehmann)

- Erneuerung bzw. Wiedererrichtung der Marathonmarkierungen entlang des Murradweges (Antrag Gerald Haßler)
- Wiederaufnahme der mobilen Sperrmüllsammlungen – Hintergrund sind die Bestrebungen der Stadt, bei neuen Siedlungen Bewohner:innen vermehrt zum Verzicht auf das eigene Auto zu bewegen, allerdings brauche es parallel auch verbesserte Rahmenbedingungen, wie etwa Altspeiseöl, Sperrmüll etc. entsorgt wird (Antrag Gerald Haßler)
- Evaluierung der Mobilitätsverträge - bekanntlich gibt es mittlerweile 30 solcher Mobilitätsverträge, die Maßnahmen festlegen, die dazu beitragen sollen, dass bei neuen Wohnbauprojekten der Kfz-Verkehr nicht ausufert. Allerdings wäre wichtig zu wissen, ob und welche Wirkung die Mobilitätsverträge tatsächlich haben, inwieweit sie dazu beitragen konnten, die meist von Anrainer:innen befürchteten Belastungen zu minimieren oder ob es unter Umständen Nachschärfungen bedürfe. (Antrag Ewald Muhr)
- Errichtung einer WC-Anlage am Bezirkssportplatz St. Vinzenz (Antrag Ewald Muhr)
- Umwandlung der Nebenfahrbahn Kärntner Straße/Grillweg in eine Wohnstraße (Antrag Anna Robosch)

### **Schulcampus Reininghaus**

In einem Zusatzantrag forderte SP-Gemeinderätin **Susanne Bauer** in Sachen künftigen Schulcampus Reininghaus, dass neben der geplanten Volksschule und der AHS unbedingt auch eine Mittelschule – eventuell in Form eines Schulversuches – miterrichtet werden müsse. „Bildungsexpert:innen erheben in Hinblick auf die Campus-Überlegungen massive Einwände, dass diese Konzeption – lediglich Volksschule und AHS – nicht zielführend sei, da angesichts des Ausmaßes dieses neuen Stadtteiles und aufgrund von Erfahrungen auch eine Mittelschule sinnvoll und notwendig wäre“, betonte Bauer. Nicht alle Schüler:innen „passen“ nach der Volksschule (sofort) in ein Gymnasialsystem, sie müssten daher „ihr“ Stadtviertel verlassen. Dazu komme, dass alle Mittelschulen im näheren Umfeld in der Regel bereits jetzt praktisch voll sind.

*Ende der Aussendung*